Zivilgesellschaft und Staat im Dialog

Autor(en): **Kästli, Tobias**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **71 (1993)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340993

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zivilgesellschaft und Staat im Dialog

Das zivilgesellschaftliche Konzept geht davon aus, dass die Gesellschaft aus einer Vielfalt von Interessengruppen besteht, die in sich wiederum nicht homogen sind.

Das zivilgesellschaftliche Konzept ist kein revolutionäres, sondern ein reformistisches und integrationistisches Konzept. Es geht davon aus, dass die Gesellschaft nicht einfach in zwei antagonistische Klassen aufgeteilt ist, sondern aus einer Vielfalt von Interessengruppen besteht, die in sich wiederum nicht homogen sind. Im Kräftespiel dieser Interessengruppen gibt es keine Politik der „reinen Lehre", sondern nur pragmatische, sich am konkreten Erfolg messende Politik.

Tobias Kästli

Ich will versuchen, das zivilgesellschaftliche Konzept, so wie ich es verstehe, in Opposition zu einem schematisierten marxistischen und einem ebenso schematisierten anarchistischen Konzept zu definieren, um es dann von einem eher historischen Ansatz aus und auf die Schweiz bezogen noch ein wenig zu veranschaulichen.

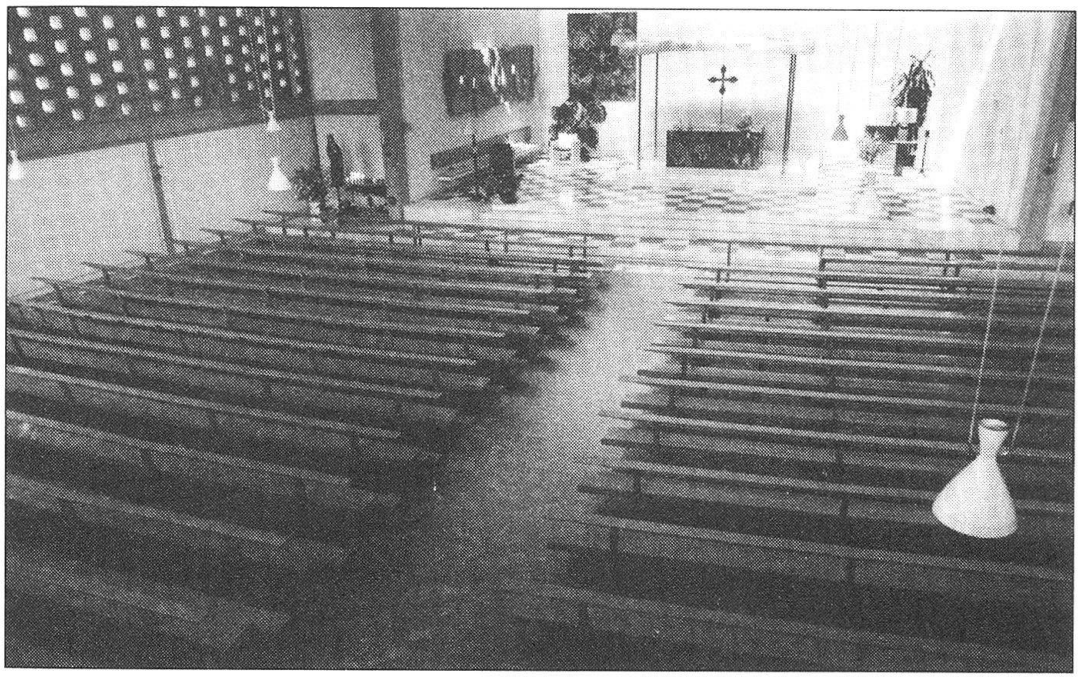
Für die Anarchisten und Anarchistinnen ist der Staat ein blosses Unterdrückungssystem, das sie gewissermassen unterlaufen wollen. Ihr Ziel ist eine freie, selbstorganisierte Gesellschaft, die keine staatlichen Organe braucht. Die Marxisten und Marxistinnen wollen demgegenüber die Macht im Staat übernehmen, um mit Hilfe starker Staatsorgane die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzusetzen und so die Voraussetzung für den Sozialismus zu schaffen. Der Staat ist Mittel zum Zweck; sobald sozialistische Verhältnisse geschaffen sind, stirbt er ab.

Die TheoretikerInnen der Zivilgesellschaft stehen in gewisser Weise zwischen den Positionen der Anarchistinnen und der Marxisten. Für sie ist die freie, selbstorganisierte Gesellschaft, also die Zivilgesellschaft, das Gegengewicht zur Staatsmacht. Staat und Zivilgesellschaft ergänzen einander; sie müssen miteinander dialogisieren.

Die TheoretikerInnen der Zivilgesellschft greifen zurück auf die klassischen Staatstheoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, auf die alten Liberalen, die die Menschenrechte und das Widerstandsrecht propagierten, die die Despotie des absolutistischen Staates in die Schranken weisen wollten. Moderne ZivilgesellschaftlerInnen bauen in ihre Theorien auch die Erfahrungen der Dissidenten in den sozialistischen Ländern Osteuropas ein.

Es gibt ZivilgesellschaftlerInnen verschiedenster Schattierungen. Vor allem in den USA werden ihre Theorien seit Jahren diskutiert. Auch in der BRD und in anderen europäischen Ländern ist die Zivilgesellschaftsdebatte angelaufen. In der Schweiz ist der Begriff noch nicht populär geworden, obwohl etwa die Leute von der GSoA, allen voran SP-Nationalrat Andreas Gross, die zivilgesellschaftlichen Überlegungen zur Leitlinie ihrer Theorie und Praxis machen.

Jetzt haben wir mit Ruth Dreifuss (SP) eine Bundesrätin, die ein zivilgesellschaft-



(Bild: Iris Krebs)

liches Konzept hat, die also die Zivilgesellschaft als notwendige Ergänzung zur Staatsmacht sieht. Als sie nach ihrer Wahl am 10. März 1993 auf den Bundesplatz hinaustrat, sagte sie den dort demonstrierenden Frauen, es sei ihr bewusst, dass Regierung und Staat nicht alles sei, dass es die zivilgesellschaftliche Ergänzung brauche.

Ohne den Frauenstreik vom 14. Juni 1991 und ohne die Frauenmobilisation um Christiane Brunner wäre am 10. März 1993 keine Frau in den Bundesrat gewählt worden. Die Tausenden von Frauen (und ein paar Männer), die auf den Bundesplatz in Bern marschiert waren, machten deutlich, dass sie Frauen im Bundesrat wollen. Sie hatten sich spontan organisiert, sie übten Druck aus, sie fühlten sich als Teil des souveränen Volks. Sie fühlten sich im Recht, und sie demonstrierten die Macht der Zivilgesellschaft.

Die schweizerische Zivilgesellschaft ist relativ stark; es gibt viele Leute, die mitdenken, sich mitverantwortlich fühlen, obwohl sie in keine staatlichen Institutionen eingebunden sind. Es gibt immer wieder Bewegungen, Initiativen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die mit grossem Arbeitseinsatz und meist ehrenamtlich ihre Ziele verfolgen.

Zur Zivilgesellschaft gehören nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch Wirtschaftsverbände (Handels- und Industrieverbände, Gewerbe- und Bauernverbände, Gewerkschaften), soweit sie nicht direkt in die Staatsmacht eingebunden sind oder sich kontrollierend über die Staatsmacht stülpen. Die Zivilgesellschaft insistiert gegenüber dem Staat nicht nur auf Freiheits- und Partizipationsrechten, sondern auch auf wirtschaftlichen Interessen, wobei diese wirtschaftlichen Interessen vielfältig und in sich widersprüchlich sind.

Die Zivilgesellschaft ist nicht einfach „die Wirtschaft". Sie besteht mehrheitlich aus Leuten, die wirtschaftlich abhängig sind, die sich also mit dem Wirtschaftssystem nicht identifizieren, sondern eher wirtschaftskritisch eingestellt sind. Zur Skepsis gegenüber der Staatsmacht gesellt sich also die Skepsis gegenüber der Wirtschaftsmacht.

Das muss aber nicht immer so sein. In den zwei ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zivilgesellschaft in der Schweiz zwar auch aktiv, aber in einem sehr affirmativen Sinn. Die umfassende, zu einem Universalwert erhöhte antikommunistische Ideologie durchdrang Staat und Gesellschaft, so dass die Zivilgesellschaft, abgesehen von einigen oppositionellen Splittern, gleichgeschaltet war und kaum als Gegengewicht zu Staats- und Wirtschaftsmacht funktionieren konnte.

Die schweizerische Zivilgesellschaft ist relativ stark; es gibt viele Leute, die mitdenken, sich mitverantwortlich fühlen.

Mit den „Nonkonformisten" der sechziger Jahre lebte die Kritik an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft neu auf und wurde durch die Achtundsechziger Bewegung zu einer neulinken oder neomarxistischen Kritik verdichtet. Die Zivilgesellschaft der siebziger Jahre, zunehmend geprägt durch die neuen sozialen Bewegungen, etwa die Anti-AKW-Bewegung oder die Frauenbewegung, war stark oppositionell gestimmt.

Insofern die neuen sozialen Bewegungen marxistisch geprägt waren, fühlten sie sich nicht bloss als Gegengewicht zu den staatlichen Institutionen, sondern als Fundamentalopposition gegenüber dem ganzen System von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit andern Worten: Sie wollten nicht einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zum „besseren Leben" leisten, sie wollten nicht zum besseren Funktionieren des Systems beitragen, sondern sie wollten dieses System radikal verändern. Sie fühlten sich nicht als GesprächspartnerInnen, sondern als grundsätzliche GegnerInnen des bestehenden Systems.

Die zivilgesellschaftliche Debatte rückt nun den andern Teil der neuen sozialen Bewegungen stärker in den Vordergrund, denjenigen, der sich einbringen will, der Rechte fordert, aber auch Tatsachen schafft, der nicht den Umsturz will, sondern die radikale Demokratisierung. Die Frage nach Konkordanz oder Konkurrenz wird gestellt, die Frage nach der Beteiligung der Frauen, die Frage nach dem Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Deutsch und Welsch, die Frage nach dem Verhältnis zu Europa, die Frage nach dem Sinn der militärischen Rüstung.

Das Ende der kommunistischen Regimes in Osteuropa, der Zerfall der Sowjetunion, der Krieg in Jugoslawien, die Wirtschaftskrise, die weltweiten Flüchtlingsströme sind Anzeichen grosser Umbrüche. Die Welt erscheint nicht mehr so stabil und kompakt wie in der Zeit des kalten Krieges, sie ist kompliziert und unübersichtlich geworden. Das weckt einerseits Ängste, die von gewieften Rechtspopulisten ausgenützt werden können. Andrerseits ist die Einsicht in die Veränderbarkeit der politischen Verhältnisse aber auch ein Ansporn zum Handeln, zur demokratischen Partizipation. Alles ist offen, nichts steht fest; wir sind aufgefordert, unsere Interessen in die öffentliche Debatte einzubringen. Ein zivilgesellschaftliches Konzept scheint mir geeignet, die Chancen, die in der „neuen Unübersichtlichkeit" liegen, besser wahrzunehmen.